„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.

Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der

"WESTERN PRINTERS" ASSOCIATION, LIMITED"

J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.

Bernhard Bott,
Redakteur.

Geschäftslokal — 3655-3657 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3381

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochsausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c, ein Monat, 30c.

Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $1.75; drei Monate, $1.00; ein Monat, 35c.

Reklame: Preis 10c per Zoll einfache. Bei größeren Serien entsprechender Nachlaß.

Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", etc.
Für jede Anzeige 1 Zoll einfache 75c, für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einfache $1.25, für jede weitere Insertion 90c.

Deutsche und canadische Zölle

Ein sehr geschätzter Freund unseres Blattes teilte uns kürzlich bei einem Besuche in unserer Redaktion mit, daß konservative Agitatoren in einigen Teilen des Westens für unsere Schutzzoll-Propaganda zu machen suchten, indem sie Vergleiche zwischen der Zollgesetzgebung und der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und Canada anstellten. Das ist ein beliebtes Wahlmanöver, mit dem man namentlich in deutschen Kreisen den Eindruck erwecken möchte, als wolle sich die konservative Partei in einer Wirtschaftspolitik nach deutschem Muster orientieren. Daran denkt natürlich im Ernste kein einziger Tory. Denn alles, was deutsch ist, meidet nur gewisse einflußreiche Persönlichkeiten der konservativen Partei wie das rote Tuch auf den Stier. Die Worte des Herrn George Wright auf dem konservativen Picknick in Regina, Sask., worüber wir in der letzten Nummer ausführlich berichtet haben, sind dafür ein hinreichender Beweis. Doch was tut man nicht alles, um unter der deutschen Farmern und Geschäftsleuten des Westens Bauernfänger zu treffen, um ihr klares Denken zu vernebeln und so einige unschuldige Lämmlein in die konservative Schafherde zu führen!

Nun zur Sache selbst! Was ist nun einem Vergleich zwischen Deutschland und Canada, soweit die Zollgesetzgebung und die allgemeine Wirtschaftspolitik in Frage kommen, zu halten? Ein solcher Vergleich geht schon deswegen grundfalsch daneben, weil sich ein altes Kulturland wie Deutschland und ein noch in den Kinderschuhen der Entwicklung befindliches Land wie Canada überhaupt nicht vergleichen lassen. Die seit den letzten fünfzig Jahren rasch wachsende Bevölkerung des deutschen Reiches, die zu einer Uebervölkerung zu führen drohte, mußte ganz andere wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig als sie das dünnbesiedelte Canada vertragen kann. Der deutsche Grund und Boden ist vor Jahrzehnten schon soweit kultiviert, die Bodenproduktion arbeitet so intensiv, um überhaupt auf amerikanischer Basis wirken zu können, daß an eine Ausdehnung weiterer Volksmassen auf dem flachen Lande nicht zu denken war. Selbst die Zertrümmerung großer Güter und die Urbarmachung von Mooren und Oedländereien hätten nicht genug Raum dafür geboten. Die Frage wurde nun in den mittziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts immer akut: Wohin mit dem Bevölkerungsüberschuß, der in der Landwirtschaft allein kein genügendes Auskommen mehr fand? Sollte man noch mehr gutes deutsches Blut durch Auswanderung in das Ausland abliefern und es dort den deutschen Wirtschaftskörper verloren gehen lassen? Sollte man ruhig zusehen, wie fortwährend und gewiß tüchtige Männer dem alten Vaterlande den Rücken kehrten, weil sie im Inlande nicht genügend Verdienst und Brot fanden? Dem mußte ein Riegel vorgeschoben werden, indem man einerseits die Landwirtschaft gegen die unterbietende Konkurrenz des Auslandes schützte, aus dem Getreide und Vieh billiger eingeführt werden konnten als sie sich in Deutschland zu höheren Produktionskosten und schließlich höheren Preisen erzeugen ließen. Ferner mußte der Bevölkerungsüberschuß, den man im Lande festhalten wollte, von den Dörfern in die großen Städte gelenkt werden, indem man die sich anbahnende Entwicklung einer großen und starken Industrie auch künstlicherweise forderte. Die wichtigsten Rohprodukte der Industrie, Kohle und Eisen, waren in genügender Menge vorhanden. Mit ertaunlicher Schnelligkeit warfen sich die Deutschen auf dem Gebiete der technischen Errungenschaften der Neuzeit zurecht. Bald standen sie selbst führend in der ganzen Welt da durch neue Erfindungen, durch bessere Betriebsorganisation, durch kaufmännische Wirtschaftsmethoden und namentlich durch die vorzügliche Qualität ihrer Fabrikate. Es schien nur noch ein staatlicher Schutz gegen schädliche Auslandskonkurrenz nötig, und diesen wurde der Industrie ebenso wie der Landwirtschaft durch angemessene Schutzzölle zuteil. Aber man will damit angedeutet, diese Zölle allein hätten mit der gewaltigen Aufschwung der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege bewirken können, wenn nicht die natürlichen Vorbedingungen gegeben gewesen wären, wenn nicht deutscher Fleiß und deutsche Tüchtigkeit, deutscher Unternehmungsgeist und deutsche Bildung ein hochentwickeltes Industrieleben geschaffen hätten, wenn nicht genügend Arbeitskräfte zu verhältnismäßig niedrigen Löhnen vorhanden gewesen wären, wenn nicht die deutschen Waren sich so den Weltmärkte erobert hätten.

Welcher vernünftig denkende Mensch, der nur eine blasse Ahnung vom canadischen Wirtschaftsleben hat, kann auch diesen Darlegungen auch nur auf den Gedanken zu kommen, Deutschland und Canada ließen sich in der Zollfrage vergleichen? Canada, dieses dünnbesiedelte Land, dessen Naturwerte noch gar nicht genügend erschlossen sind, das in wichtigen Rohmaterialien wie Eisen und Kohle auf die Einfuhr angewiesen wäre, wenn es eine große Industrie schaffen wollte, das hauptsächlich von seiner exportierenden Farmwirtschaft lebt, zu der sich das Holzgewerbe und die Fischerei als zwei wichtige natürliche Exportzweige gesellen, — wie kann dieses Land auch nur im entferntesten daran denken, sich in seiner Wirtschaftsentwicklung mit Deutschland zu messen? Es grenzt an Größenwahn, wenn ein konservativer Agitator uns weismachen möchte, die canadische Industrie lasse sich durch künstliche, unnatürliche und daher unberechtigte Zollschranken auf die Höhe der deutschen emporheben. Gewiß kann vielleicht in zwei oder drei Jahrzehnten einmal die Notwendigkeit eintreten, auch in der Zollpolitik andere Wege zu gehen; aber heute an den bisher bewährten Grundlagen der canadischen Wirtschaft rütteln zu wollen, wäre gleichbedeutend mit nationalem Selbstmord.

Abgesehen von dem bereits Gesagten, ist es überhaupt unseres Erachtens grundfalsch, die Zollfrage zu einem „politischen Fußball" machen zu wollen. Solche ernste Probleme sollten nicht auf den Plattformen von Wahlversammlungen, sondern im Kreise ernster Wirtschaftssachverständiger aller Berufs- und Bevölkerungsschichten beraten und entschieden werden. Nicht umsonst hat die deutsche Republik einen eigenen Wirtschaftsrat eingesetzt, der alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung vorher prüfen und begutachten und zu diesem Zwecke aus den Vertretern aller Stände, aller großen Berufsorganisationen, aller Gewerkschaftszweige zusammengesetzt ist. Nur so kann ein Urteil gewonnen, das allen Lagen des Landes und allen Bedürfnissen der nationalen Wirtschaft möglichst gerecht wird, ohne daß der eine Teil auf Kosten der anderen zum Profitmacher wird. Das müßte auch bei der künftigen kanadischen Wirtschaftspolitik eingehalten werden. Der Farmer müßte zu Gunsten des industriellen Ostens die Zeche zahlen. Darum möge uns ein gütiges Geschick das nun in den Händen der Bauern liegt, vor einem Sturz der konservativen Zollschutzgallionsfigur bewahren!

Der Friedenskaiser

Daß Wilhelm der Zweite nicht für die durchaus gerechte auswärtige Politik seines Landes verantwortlich war, in manch ernste Zerfallserscheinungen seinem Thron gefährlich hatte, wurde von Dr. Maximilian Harden, einem deutschen Republikaner, einem Juden, einem Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei, in Zeitungen wie „Zukunft" und „Welt am Montag" immer wieder betont. Dr. Harden, der Mitgründer der deutschen Friedensdelegation in 1919 war, ist mit der Veröffentlichung der Dokumente im geheimen Archiv des deutschen auswärtigen Amtes betraut.

„Ich bin dem Kaiser nicht feind," bemerkte Dr. Harden, „ich verehre ihn. Ich wurde als Republikaner organisch und ich glaube einen guten Platz auf der Konservativenseite unserer Monarchisten beanspruchen zu können. Aber die Gerechtigkeit zwingt mich zu erklären, daß, gemäß den Dokumenten, Wilhelm der Zweite ein Mann war, der so schwer als irgend ein anderer Mann seiner Zeit für den Frieden arbeitete. Er war so sehr für den Frieden tätig, daß die Militaristen ihn einen Feigling nannten und mehr als einmal seine Absetzung planten. Es besteht absolut kein Zweifel darüber, daß das auswärtige Amt volle Kontrolle darüber ausübte, welche Dokumente dem Kaiser unterbreitet und welche ihm vorenthalten werden sollten. Er empfing niemals die Berichte der Botschafter direkt und in den letzten Jahren vor dem Kriege wurde er oft für Wochen und Monate im Dunkeln gehalten, worüber er sich immer beklagte."

Aufwertung der alten Mark-Anleihen

Die deutsche Botschaft in Washington gab bekannt, daß die Mark-Anleihen der deutschen Bundesstaaten, der Städte und Munizipalverbände, die nun den gegenwärtigen Besitzern vor dem 1. Juli 1925 erworben wurden, nunmehr zur Aufwertung zu einem ungefähren Prozentsatz von 12½ Prozent des Goldwertes entgegengenommen werden.

Die National City Bank von New York und eine Reihe von anderen Instituten werden die Anmeldungen zur Umwandlung der alten Mark-Anleihen annehmen, die bis zum 1. November eingereicht sein müssen.

Die vor dem 1. Januar 1919 ausgegebenen Anleihen werden zur Rate von 25 Reichsmark für je 1000 Mark Nominalbetrag umgetauscht werden. Für Anleihen, die nach diesem Datum ausgegeben wurden, werden für je 1000 Mark Goldwert der alten Anleihe 25 Mark Schulden-Liquidierungsanleihe erteilt.

Weltumschau

Deutschland.

Die Zusammensetzung des Deutschen Reichstages lieferte nun den Beweis, daß Frankreich über 1000 Millionen mehr als an Finanzhilfe vorgesehen war. Die Zollannahmen betrugen 1925 Millionen Mark während in Voranschlag nur 56 Millionen vorgesehen waren. Diese Ergebnisse machen dem Reichsfinanzminister Reinhold den Vorwurf der Presse gemacht. Da er so sich gezeigt hatte, um seine Berechnungen über den wirklichen Stand der Reichsfinanzen zu machen. Solche Berechnungen nun zu entnehmen. Daß die Steuer des deutschen Wirtschaftslebens sich von allen früheren Verhältnissen und Einschätzungen in auffallendem Betrag befand. Reinhold erwartet daß das laufende Jahr mit einer Mehreinnahme abschließen werde, und daß die wirtschaftliche Lage sich nicht verschlechtern und der Reichsetat somit ohne unvorhergesehenen Zwischenfall werde. Wenn diese Annahmen eintreffen sollten, dann könnte auch eine weitere Senkung der Steuern in Aussicht genommen werden. Die Zahl der vom Staate unterstützten Erwerbslosen hat sich um 170,000 Personen vermindert. Sie betrug am 1. April ds. Js. 2,170,000 gegen 2,340,000 am 1. Juli.

Stresemann informierte gestern den Ausschuß des Reichstages, der Gouverneur der Bank Deutscher Federal Reserve Bank, den Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht mitgeteilt habe, Deutschland könne Frankreich durch Verkauf der Saarbergwerke zu Hilfe kommen, weil diese Pläne in der Reichsmittelstadt vollständig ignoriert, nicht nur in Finanz- und Geschäftskreisen, sondern auch in den Regierungen. Diese Kunde der Unterredung zum Ausdruck daß, weil Deutschland dann keine Gelegenheit mehr finden würde, auch das ganze Saargebiet wieder an das Reich zurückgekauft würde. Die Franzosen Zeitungen aus der Saar schließlich im Falle ihnen durch den Versailler Vertrag zugestandenen Vorrechte fielen, Frankreich könne auch alle Hoffnung darauf, daß die nach 1935 stattfindende Volksabstimmung, die über das Schicksal der Saar entscheiden wird, zu seinen Gunsten ausfallen werde, gänzlich aufgeben zu können. Amtlicher Information zufolge ist es Frankreich ausgeschlossen, daß Deutschland auch in diesem Jahre, trotzdem der Sachverständigen-Gutachten aufmerksam.

In allen Richtung und aus der größten regierungsfeindlichen Kundgebungen in der Geschichte der deutschen Republik fand. Mehr als 70,000 Demonstranten aus allen Teilen des Reiches und selbst aus Oesterreich, marschierten sich an einer eindrucksvollen Kundgebung für den republikanischen Gedanken. Die Massen zog in Viererreihen auf und es dauerte mehr als zwei Stunden, bis sie an einem gegebenen Punkt zusammentraf war. Die Demonstration war von den republikanischen Führern angeordnet worden, um den Monarchisten einen Begriff von der Kundgebung der Republik zu geben und sie mit der Vergeblichkeit ihrer Bemühungen zu überzeugen. Eine Anzahl Redner sprachen auch in diesem Sinne. Man hofft auf der Tat sein, sagten sie, den inneren Feind völlig mit.

Regierungsrat Bartell, sandte die Oesterreicher, die 2000 Mann stark an dem Umzug teilnahmen, Mehr als 20,000 Menschen waren Augenzeugen der Demonstration.

Der deutsche Flieger Segel hat mit einem Gleitflug von der Wasserkuppe, dem höchsten Berg in der Rhön, mit dem 17.2 Metern entfernten Gummersbach, Südlich Meiningen, den bisherigen Weltrekord für motorlose Flüge um 15.2 Metern glänzend gutschlagen. Diese neueste Meisterleistung deutscher Flugtechnik wurde im Gelände in der Nähe stattfindenden Wettflügen für Gleitflieger gezeigt.

Deutschösterreich.

In Oesterreich hat sich die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Juli von rund 154,000 auf rund 150,000 vermindert. In beiden Fällen müssen allerdings 20,000 Arbeitslose hinzugerechnet werden, die keine Unterstützung beziehen. Die Gesamtzahl der Stellungslosen beträgt sich aber immerhin noch auf rund 270,000 mehr als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres.

Rußland.

Eine weitere Gruppe der Bolschewisten ist gefallen. Leon P. Kamenoff, Handelskommissar, entfernt Mitglied des sogenannten Triumvirates, das Rußland regiert, und eine der Hauptverfolgten in der kommunistischen Welt, ist durch einen noch jungen Mann, M. Mikoian von Tiflis, einen Freund von Stalin, Feind der kommunistischen Partei ernannt worden. Selbst Veteranen der Kommunismus waren überrascht, als sie erfuhren, daß Kamenoff, der bisher eine führende Stellung in der sowjetischen Nationalwirtschaft innehatte, seines Postens enthoben worden war. Aber Stalin, ein genialer Gangster, ist augenscheinlich entschlossen, seine eigenen nächsten Konkurrents in wichtige Stellen in der Regierung zu setzen.

Wie Leon Trotzki wurde auch Kamenoff von Stalin und anderen extremen Kommunisten als ein Separatist betrachtet. Die Strafe, die er dafür zahlen mußte, daß er die Oberherrschaft jener, die jetzt in der Macht sind, anzuzweifeln wagte, bestand zuerst in Verlust seines Postens als Mitglied des mächtigen Politischen Büro, dann des Postens als Volks- und Verteidigungs-Kommissärs und jetzt des Amtes als Handelskommissar. Kamenoff, dessen wirklicher Name Rosenfeld ist, wurde stets als einer der gemäßigten und fortgeschrittenen Elemente der bolschewistischen Herrschaft betrachtet. Er ist der reichste große Kommunist, der innerhalb eines Jahres den politischen Tod Stalin's zum Opfer gefallen ist. Die Anderen waren: Trotzki, Zinowieff, Radek, Sokolnikow und Lutowitsch. In den Augen Stalins und anderen hervorragender Führer wurde Kamenoffs Stellung beträchtlich geschwächt durch seine scharfe Zurückweisung Trotzkys vor 18 Monaten und seinen weiteren Anschluß an die von Trotzky und Zinowieff geleitete Opposition.

In einem von den nach Aussetzung der Opposition mit nahezu unumschränkter Gewalt ausgestatteten drei führenden Kommunisten — Stalin, Rykow und Rutzjschew — erlassenen Aufruf an das Volk wird zugegeben, daß das von der Sowjets errichtete Wirtschaftsgebäude in allen Fugen kracht. Die drei Staatsmänner verlangen strengste Sparsamkeit und weitere Einschränkungen in den Regierungsinstitutionen und Fabriken. In dem Aufruf wird erklärt, daß die einschneidendsten Maßnahmen ergriffen werden müssen, „um den stetig schwächer werdenden Wirtschaftsbau des Staates zu stärken." Die Proklamation kündigt allen jenen, „die der Ausführung der jetzigen unumgänglich notwendigen Sparsamkeitskampagne Hindernisse in den Weg legen sollten", die schwersten Strafen an.

Angesehen von dem Inhalt liegt die große Bedeutung der Proklamation darin, daß sie von dem Zentralkomitee der kommunistischen Partei und nicht von der Regierung erlassen wurde. Man erblickt in dieser Tatsache eine Andeutung, daß die Partei, wenigstens in diesem Fall, der Regierung die Zügel entreißen und die Absicht hat, die gefahrdrohende Wirtschaftskrise Rußlands auf ihre eigene Weise zu lösen.

Bedeutungsvoll ist auch jene Stelle der Proklamation, in der erklärt wird: „Einige unserer Genossen beginnen uns, die Bauernschaft" zu den möglichst hohen Steuersätzen heranzuziehen, aber wir weigern uns, den Bauern noch weitere Lasten aufzuerlegen, da dadurch die ländliche Bevölkerung in die Armut gestürzt, die proletarische Diktatur untergraben und die Bande gelockert würden, die Bauernschaft und das Proletariat verbinden. Unser Ziel ist, durch die strengste Sparsamkeit in allen Regierungsdepartements Millionen von Rubeln produktiven Unternehmungen zuzuführen. Wir müssen den jetzigen komplizierten Staatsapparat verbessern und vereinfachen und dem Bürokratismus ein Ende machen."

Der abgesetzte Handelskommissär Leon P. Kamenoff (Rosenfeld) soll den Botschafterposten in Tokio erhalten und der jetzige Botschafter der Räteregierung in Tokio, Victor Kopp, soll zur Dienstleistung im Außenamt in Moskau berufen werden.

Jugoslavien.

Vier Uebereinkommen über verschiedene strittige Fragen zwischen Griechenland und Jugoslavien wurden unterzeichnet. Eines betrifft einen Schiedsgerichtsvertrag für den Fall von Disputen zwischen den beiden Ländern, die anderen betreffen gemeinsame Zahlungs-, Verkehrs- und Zollfragen.

Ungarn.

In Budapest soll eine besondere Zusammenkunft des ungarischen Kabinetts abgehalten worden sein, zu der der Regent Admiral Horthy eingeladen, und in der über einen Verzicht Horthy's auf seine Regentschaft beraten wurde. Der Erzherzog Josef soll zum Reichsverweser von Ungarn gewählt werden. Der Admiral Horthy wird zurücktreten und die Ernennung zum Herzog erhalten. In Verbindung damit soll ihm ein herzoglicher Sitz angewiesen und ein besonderes Bürgerrecht verliehen werden, wie es für Könige und Mitglieder der königlichen Familie in Ungarn üblich ist.

Frankreich.

In Juan la Riviera trat die internationale demokratische Friedenskonferenz mit 5000 jugendlichen Delegierten zusammen, die 23 Länder vertreten. Die Konferenz will die Jugend der verschiedenen Völker zusammenbringen, um wechselseitiges Verständnis zu schaffen und für den Weltfrieden zu wirken. Die anderen Delegierten nahmen die deutsche Touristentracht an.

Griechenland

Eine Regierungserklärung kündigt die Verhaftung des früheren Premiers George Kafandaris und vieler Offiziere der Armee, darunter General Panagopoulos, der Mayor von Piräus, an. Premier Kafandaris teilte der Assoziierten Presse mit, daß die Regierung gezwungen gewesen sei, Kafandaris wegen seiner behaarlichen gegen die Regierung gerichteten Tätigkeit zu verhaften. Kürzlich habe er eine Proklamation an die früheren Armeeführer erlassen, die darauf berechnet war, eine Militärrevolte gegen die gegenwärtige Regierung anzuzetteln. Kafandaris fügte bei, daß die Armee der Regierung treu bleibe, und daß keine Maßnahmen gegen General Kondolis ergriffen wurden, von denen es geheißen hatte, daß er in die jüngste Verschwörung Kafandaris verwickelt war. Man erwartet, daß Kafandaris wieder in die Verbannung geschickt wird, aus der er kürzlich zurückkehren durfte.

Italien.

Premier Mussolini richtete an das italienische Volk die Aufforderung, die Bemühungen der Regierung zur Wiederherstellung der italienischen Finanzen dadurch zu unterstützen, daß es nur noch eine Art von Kriegsbrot, das einen Hochgehalt von 80 bis 85 Prozent Weizen besitzt, esse. Man hofft durch eine Reihe drastischer Maßnahmen, die das Kabinett auf persönliches Verlangen des Premiers getroffen hat, die Weizeneinfuhr zu verhindern, welche in hohem Maße für die große italienische Unterbilanz im internationalen Handel verantwortlich ist. Die Einführung von Brotkarten wurde abgelehnt, dagegen beschloß man die Einführung einer einheitlichen Kriegsbrotart, dessen Preis durch die Provinz-Nahrungsausschüsse festgesetzt wird. Kein Brotlaib darf mehr als 200 Gramm wiegen. Die Verordnungen verbieten ferner die Herstellung und den Verkauf von „Luxusbrot" und die Herstellung von Süßwaren und Backwaren, die Weizen enthalten. Uebertretungen dieser Vorschriften werden schwer bestraft und wurde zu deren Durchführung ein striktes System geschaffen. Das Ministerium des Innern hat ungeachtet der Notwendigkeit einer starken Vermehrung des Dienstpersonals zur Sparsamkeitskampagne der Regierung durch Aufhebung von 95 aus 167 Unterpräfekturen und durch Verschmelzung vieler niedrigerer Amtsstellen beigetragen. Aller Handel und Ankauf von ausländischer Währung auf Staatsrechnung wird hinfort durch die Bank von Italien geschehen, erklärte der Finanzminister, gleichzeitig seinem Vertrauen auf ein Steigen der Lire als Folge des realistischen Finanzprogramms der Regierung Ausdruck verleihend.

Jede Zeitung, Zeitschrift oder jedes andere von der Faschisten-Partei anerkannte Organ muß eine Waffe für die Beseitigung des faschistischen Glaubens und ihr Inhalt vor allem faschistisch sein, erklärte Premier Mussolini, indem er anordnete, daß der Name eines Wochenblattes geändert werde. Die Zeitschrift ist die von Milchori, dem Vize-Generalsekretär der Partei, geleitete „Milizia Italia", deren Name in „Milizia Fascista" umgeändert wurde. Unter dem neuen Namen druckte die Zeitschrift die folgende Botschaft des Premiers Mussolini ab: „An die „Milizia Fascista", die in ihrem Namen das Programm für heute, morgen und immer enthalt — Faschismus und nichts als Faschismus!"

Schweden.

Eine Ernte, die erheblich besser ist als mittelmäßig, wird in einem soeben veröffentlichten Bericht des Statistischen Bureaus für Schweden in Aussicht gestellt. Dieses bezieht sich auf alle Getreidearten, wie auch auf Heu- und Knollenfrüchte. Aus einem zweiten Bericht geht hervor, daß dank der reichen Ernte des letzten Jahres in den ersten sechs Monaten laufenden Jahres die Einfuhr von Körnerfrüchten kaum halb so stark war, wie während des gleichen Zeitabschnitts in 1925. Der Wert der letztjährigen Ernte wird offiziell mit 1,250,000,000 Kronen (etwa $312,000,000) angegeben. Seit Juni sind die Kosten des Lebensunterhalts in Schweden wieder zurückgegangen und stellen sich nunmehr auf 156, im Vergleich mit den Preisen von 1913, die mit 100 angesetzt sind.

Mexiko.

Etwa 150 Männer, unter Befehl des früheren mexikanischen Kriegsministers Estrada für eine mexikanische Revolution ausgerüstet, wurden in San Diego, Cal., verhaftet. Amerikanische Behörden beschlagnahmten eine große Menge von Waffen und Munition.

General Estrada und sein Stab zogen ihre Streitmacht in Tulzura im Imperial-Tal zusammen, um die Orte dicht hinter der Grenze zu überfallen. Die Expedition bestand aus etwa 150 Mexikanern mit Gewehren, Maschinengewehren und Munition. Regierungsagenten gelangten auch in den Besitz von schriftlichen Beweisen und Plänen für den Aufstand. Die Munitionswagen wurden in der Nähe von La Mesa beschlagnahmt.

General Estrada war einer der Leiter der La Huerta-Revolution vor mehreren Jahren und bekleidet Kriegsminister und Kommandant des Vera Cruz-Bezirkes.

Die Kunde von der Vereitelung des Versuchs von Estrada durch amerikanische Behörden rief großes Aufsehen in der Hauptstadt hervor. Präsident Calles sagte indessen später, er habe den Anschlag seit zwei Monaten gekannt und Maßnahmen dagegen getroffen. Nach Angabe der Polizei wurden in den zwei letzten Tagen in der Stadt Mexiko und Orten der Umgebung etwa 50 Personen, meist namhafte Katholiken, verhaftet. Vierzehn wurden wieder entlassen. Nach Angaben der Polizei planten die Gefangenen einen bewaffneten Aufstand in verschiedenen Teilen der Republik. Der katholische Episkopat, der beständig von Gewalttaten abriet, erklärte, keine Kenntnis von einem revolutionären Anschlag durch Katholiken zu haben. Die Polizei versichert, daß sie regierungsfeindliche Schriften und Aufrufe zum Aufstand in der Wohnung von Senora Novoa fand. Sie soll Vorsitzende des San Angel-Zweiges des Bundes zum Schutze religiöser Freiheit sein. Die Frau ist unter den Verhafteten.

Erzbischof Del Rio von Mexiko hat Präsident Calles ersucht, die religiösen Vorschriften, welche zur Einstellung von Zeremonien in katholischen Kirchen des ganzen Landes geführt haben, vorläufig aufzuheben. Der Erzbischof erstrebt Freiheit des Gewissens, der Gedanken, der Religion, der Lehrtätigkeit und der Presse. Er schreibt im Namen der Geistlichkeit und der Laien. Zwanzig Geschäftsleute schrieben an Calles und den Episkopat. Sie schlagen eine Beratung der Regierung und der Kirchenführer vor. Den Briefen zufolge sollte es möglich sein, die verschiedenen Gesichtspunkte auszusöhnen. Gut unterrichtete Kreise halten es für nahezu sicher, daß Präsident Calles die Gesuche der Geistlichkeit und der Geschäftsleute nicht bewilligen wird.

Ver. Staaten

Alle ausländischen Zeitschriften, welche Anzeigen über geistige Getränke enthalten, werden aus den Ver. Staaten ausgeschlossen, vorausgesetzt, daß eine Verfügung von Edward Barnes, Solicitor des New Yorker Zollamts, bestätigt wird. Barnes schloß „The Key to London" aus, eine hauptsächlich für amerikanische Touristen in England herausgegebene Zeitschrift. In der Zeitschrift war ein Platz angezeigt, wo „Grant Morella Cherry Brandy" gekauft werden kann. Die Entscheidung erging bis zu einem Gutachten von Bundesanwalt Buckner, der auf Urlaub ist. Zur Begründung seiner Entscheidung führt Barnes eine Stelle aus dem nationalen Prohibitionsgesetz an. Ausnahmen werden gemacht für ausländische Zeitungen, die mit der Post nach den Ver. Staaten geschickt werden, wie Barnes sagt. Die Publikation „The Key to London" wird indessen als eine Zeitschrift angesehen. Barnes gab zu, daß unter seiner Auslegung des Gesetzes alle Zeitschriften mit Getränkeanzeigen aus den Ver. Staaten ausgesperrt würden. Ein Beamter des amerikanischen Informationsbüro in London, der aus England eintraf, teilt mit, daß letzten Monat verschiedene tausend Exemplare von „The Key to London" ohne Einwand zugelassen wurden.

„Europa hat nur eines gemeinsam. Das ist der Haß gegen die Ver. Staaten," sagte der republikanische Senator Hiram Johnson von Californien in einer Erklärung, in der er ohne weitere Zögerung die Zurückziehung des amerikanischen Antrags zum Beitritt für den Weltgerichtshof fordert.

Trotz dieses „gemeinsamen Hasses gegen die Vereinigten Staaten", den Johnson der Schuldenfrage zuschreibt, führte er aus, daß „ein Teil unserer Bürger so blind, so weich und nachgiebig ist, daß sie die Aufnahme dieses gehaßten Gläubigers in den Weltgerichtshof, der von hassenden Schuldnern geleitet und beherrscht wird, befürworten".

Verschiedene Quellen melden uns, daß unsere eigenen Vorbehalte von keiner führenden Nation Europas gutgeheißen werden, daß nur drei kleine Nationen sie anerkennen wollten. Wir können uns vielleicht selber vor denen retten, die uns am meisten lassen. Zweifellos aber ist es das Beste bei der Kenntnis die das Staatsdepartment heute hat. Und bei der Kenntnis die das Volk durch die täglichen Nachrichtenübermittelungen gewonnen hat, daß wir unser Aufnahmegesuch ohne Zögern zurückziehen.

Die größten englischen Tageszeitungen greifen uns ohne Scheu an, die französische Presse ist voller Bitterkeit gegen uns, die italienischen Zeitungen übertreffen sogar alle anderen Länder durch widerliche Bemerkungen. Eine von ihnen brüllt uns an:

„Es ist nur noch ein Ding außer Europa in Betracht zu ziehen, das ist Asien und in Asien liegt Japan."

„Gutgekleidete Franzosen zischen in den Straßen von Paris Amerikaner aus, belästigen und prügeln sie. In der „New York Times" lesen wir heute im Bericht des Pariser Korrespondenten, der Grund, Ursache und Wirkung verbindet, daß die Ereignisse Unheil drohen.

„Die Vereinigten Staaten stellen den Paria unter den Völkern dar, der getrost offen angegriffen, als Geldsack und Shylock verschrien werden darf. Gehaßt und verachtet überall. Scheinbar ist der ganze Grund der, daß die Amerikaner verlochen, jetzt einen Teil, und er ist nur ein kleiner, der ausgegebenen Schuldnoten, die hier übergeben wurden, gegen bare Münze einzutauschen verlucht.

„Wir haben gerade von unserem Schatzamtssekretär Mellon erfahren, und zum ersten Male, daß wir im Falle Italiens das ganze Geld, das wir noch dort während des Krieges verliehen, einfach verschenkten und nur die Hälfte alles dessen beanspruchten, was nach dem Kriege geliehen wurde. Und diese Tatsache erfuhren wir jetzt, trotzdem Mellon und seine Sprecher in- und außerhalb des Kongresses allemal versicherten, daß wir jeden uns geschuldeten Dollar einzögen."

Kopfzerbrechen im Völkerbund

In den Kreisen der führenden Persönlichkeiten des Völkerbundes herrscht zur Zeit einige Tatigkeit. Mit dem Herannahen der September-Sitzung des Rates und Bundes treten Fragen von weitgehendster Bedeutung immer mehr in den Vordergrund. Fragen, über die gegenwärtig ein reger Gedankenaustausch unter den führenden Völkerbundmachten stattfindet.

Im Vordergrunde steht wiederum die Frage des Beitritts Deutschlands zum Bunde. Während man den indirekten Drohungen Italiens, Deutschland einen Stein in den Weg zu legen, anscheinend wenig Gewicht beilegt, dreht sich das Hauptinteresse darum, wie es ermöglicht werden kann, daß Spanien, ohne daß ihm der geforderte ständige Ratssitz garantiert wird, zum Verbleiben im Bunde bewogen werden kann.

Die deutsche Regierung hat neuerdings den Völkerbundsrat in Kenntnis gesetzt, daß es nur unter der Bedingung beitreten werde, daß zur gleichen Zeit keine andere Macht einen ständigen Sitz im Völkerbunde erhalte. Andererseits hat die spanische Regierung ohne jede Einschränkung erklären lassen, sie würde sich aus dem Völkerbunde zurückziehen, sollte ihr ein permanenter Ratssitz verweigert werden. Diese Frage wurde bei den jüngsten Besuchen des spanischen Königs Alfons in London und Paris eingehend besprochen, ohne daß man der Lösung dieser schwierigen Frage auch nur um einen Schritt näher kommen konnte. Nichtsdestoweniger setzten Frankreich und England ihre Bemühungen fort, um Spanien zu bewegen, auch ferner dem Bunde treu zu bleiben.

Auslandminister Briand, der an der Spitze der französischen Völkerbunddelegation nach Genf reisen wird, ist besonders bemüht, einen weiteren Bruch im Bunde zu verhindern. Er hofft die bestehenden Schwierigkeiten wenigstens soweit zu überbrücken, daß ein Bruch, falls er doch unausbleiblich ist, erst nach der kommenden Völkerbundversammlung erfolge.

Die deutsche Regierung, die sich in den letzten Tagen mit dieser Frage wiederum eingehend befaßte, besteht darauf, daß Deutschlands Beitritt zum Völkerbund von der Erfüllung der in Locarno gemachten Versprechungen abhängig ist. Ehe es dem Bunde beitritt, muß es die Gewißheit haben, daß man ehrliches Spiel treibe. Wie man diese Gewißheit nun erhalte, ist jetzt Gegenstand von Kabinettserörterungen in Berlin. Die deutsche Völkerbunddelegation reist erst dann nach Genf ab, wenn man die Gewißheit der alleinigen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hat. Der Außenminister Dr. Stresemann stellte zwar mit einschränkender Genugtuung die seit Jahresbeginn erfolgte Reduzierung der französischen Besatzungstruppen im Rheinland auf 70,000 Mann fest, weist aber darauf hin, daß laut Locarno die Besatzung nicht über 45,000 Mann hinaus gehen sollte. Pariser Meldungen nach sieht die weitere Reduzierung der Truppen auf 62,000 im nächsten Monat in Aussicht. Davon wären dann 50,000 Mann Franzosen, die übrigen Belgier und Engländer.

Deutsche Regierungskreise bezweifeln es, daß Spanien sich dem deutschen Standpunkt in der Völkerbundfrage anpassen würde. Somit verbliebe entweder der Austritt Spaniens aus dem Bund oder die Zurückziehung des deutschen Aufnahmegesuches. Polen soll sich dem Vernehmen nach endgültig zum Verzicht auf seine Sitzforderungen verstanden haben. Man versichert dafür Polen seine Wiederwahl als provisorische Ratsmacht.